

# **Gegen das Musterungszentrum in Oldenburg und sonst wo!**

**Antragstellende:** SDS CvO Uni Oldenburg

## **Antragstext:**

Anknüpfend an den auf der letzten StuPa-Sitzung (20.05.2026) beschlossenen Antrag beschließt das Studierendenparlament die angehängte Version der Resolution gegen das Musterungszentrum in Oldenburg. Diese wird auf Deutsch und Englisch auf der Webseite des StuPas veröffentlicht.

Der AStA veröffentlicht die Resolution ebenfalls auf Deutsch und Englisch auf seiner Webseite und das Team für Öffentlichkeitsarbeit erarbeitet und veröffentlicht einen Instagram-Post in beiden Sprachen basierend auf der Resolution.

## **Begründung:**

Erfolgt mündlich

## **Resolution:**

Wir, das Studierendenparlament der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, stellen uns gegen die Wehrpflicht und die dafür geplanten Munsterungszentren der Bundeswehr überall in Deutschland und in der Oldenburger Innenstadt! Die Aufrüstung Deutschlands und Europas wird immer weiter vorangetrieben und mit ihr auch die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Ab Juli nächsten Jahres soll die Musterung aller jungen Männer des Jahrganges 2008 anfangen. Dafür werden deutschlandweit insgesamt 24 Musterungszentren gebaut. Eins davon soll in die Oldenburger Innenstadt kommen.

"Die Ansiedlung des Musterungszentrums ist eine wichtige Entscheidung für Oldenburg und die gesamte Weser-Ems-Region. Die Bundeswehr ist seit Jahrzehnten ein fester Bestandteil unserer Stadt – gesellschaftlich, historisch und menschlich. Dass Oldenburg nun als Standort für das neue Musterungszentrum ausgewählt wurde, unterstreicht die enge und vertrauensvolle Partnerschaft zwischen Stadt und Bundeswehr. Zugleich stärkt die Entscheidung Oldenburg als Verwaltungs- und Behördenstandort und bringt zusätzliche Arbeitsplätze in unsere Stadt."

- Oberbürgermeister Jürgen Krogmann

Die Integration des Militärs in unserer Stadt ist historisch gesehen - durch die Beteiligung an zwei Weltkriegen und als ehemalige Hochburg der NSDAP - keine Errungenschaft und widerspricht auch grundlegend dem Begriff der Menschlichkeit. Mit dem institutionalisierten Zwang, der beim Militär herrscht, werden Menschen durch Befehl und Gehorsam dazu ausgebildet, andere Menschen zu töten. Sie sollen

Machtverhältnisse aufrechterhalten, statt Gewalt kritisch zu hinterfragen und unsere Gesellschaft im Sinne aller Menschen mitzugestalten.

Dabei nützen Kriege nur Rüstungskonzernen, Staaten und Großkapital, die sich durch die Erschließung neuer menschlicher und materieller Ressourcen eine bessere ökonomische und geopolitische Stellung erhoffen. Niemals aber werden Kriege im Interesse und Nutzen der arbeitenden Bevölkerung geführt, welche lediglich die Leidtragenden sind. Die ideologische und materielle Aufrüstung führt zurzeit zwingend zu gravierenden Kürzungen am Sozialstaat.

Die Einrichtung des Musterungszentrums inmitten der Oldenburger Innenstadt ist eine weitere Eskalationsstufe der Militarisierung. Sie widerspricht nicht nur der Lehre "Nie wieder Krieg", sondern soll diesen auch innerhalb der zivilen Gesellschaft normalisieren.

Wir als Wissenschaftende und angehende Arbeitskräfte stellen uns entschieden gegen die Normalisierung des Militärs und den Krieg in allen gesellschaftlichen Bereichen! Wir wollen Zivilklauseln für friedensorientierte Forschung und Wissenschaftskooperationen, beispielsweise mit Russland, Kuba und Palästina, verwirklichen und den rassistischen Feindbildern eine solidarische und kooperative Bildung entgegensetzen.

Besonders als Lehramtsuniversität wollen wir die zukünftigen gesellschaftlichen Verhältnisse so gestalten, dass wir als Lehrkräfte Schüler\*innen unter friedlichen und gerechten Umständen zu handlungsfähigen Subjekten befähigen können und sie nicht auf den Dienst beim Militär vorbereiten müssen, wo sie das Töten ihresgleichen lernen sollen. Unsere Universität ist seit ihrer Gründung 1973 als Reformuniversität Teil der Bewegung gegen Militarisierung und für den Frieden – und damit ein entscheidender Teil im Kampf für eine aufgeklärte und menschenzentrierte Zukunft. Die Oldenburger kämpften seit der Gründung 30 Jahre darum, die Uni nach Carl von Ossietzky zu benennen, welcher unermüdlich gegen die Militarisierung und den Nationalismus kämpfte und dafür bereits in der Weimarer Republik verhaftet wurde und später im KZ an Folgen der Folter starb. Mit der erfolgreichen Namensgebung haben wir uns folgenden Grundwerten verpflichtet: "Politische Freiheit und soziale Gerechtigkeit, eine institutionell und soziokulturell verankerte demokratische Republik, eine Wissenschaft und öffentliche Wirksamkeit im Dienste von Gemeinwohl und Frieden."

Aus der historischen Verantwortung, dem gesellschaftlichen Auftrag und als Leidtragende dieser Entwicklung leitet sich unsere Ablehnung der Militarisierung ab. Als Studierendenschaft fordern wir die Eskalationsspirale zu stoppen und das damit verbundene Musterungszentrum zu verhindern! Wir rufen zu Protesten und Widerstand gegen diese Entwicklung auf!